



Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLINSON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang.

Omaha, Neb., Dienstag, den 19. Aug. 1919.

8 Seiten.—Nr. 136.

Fliegerleutnants auf freiem Fuß

Hauptmann Matlack, Ueberbringer des Lösegeldes, führt einen Hufarenstreich aus und rettet die Hälfte der verlangten Summe

Läßt Leut. Davis auffügen und kreuzt die Grenze

Marfa, 19. Aug. — Die amerikanischen Fliegerleutnants S. G. Peterson und Paul G. Davis wurden heute früh von den mexikanischen Banditen auf freiem Fuß gesetzt, nachdem ihnen \$7,500 von den \$15,000, welche sie verlangt hatten, ausgehändigt worden waren. Hauptmann Matlack, der das Lösegeld über die Grenze brachte, zahlte \$7,500 für die Freilassung des Leutnants Peterson, und als ihm Leutnant Davis ausgeliefert wurde, galoppierte er mit beiden davon, ohne den Rest des Lösegeldes auszugeben. Er sagte, daß, nachdem Leutnant Peterson frei und selbstständig der Grenze war, Davis herbeigeführt wurde. „Ich sagte mir“, erklärte Hauptmann Matlack, „daß es kaum angebracht sei, weitere \$7,500 zu bezahlen und forderte Davis auf, zu mir auf ein Pferd zu springen. Ich gab demselben dann die Schoren und wir fanden uns bald auf dem nahe gelegenen amerikanischen Gebiet. Die Banditen forderten mich auf, zu halten, ich aber rief ihnen zu: „Geht

zur Hölle“, und bald war ich jenseits der Grenze.“
Wie Hauptmann Matlack sagte, waren die beiden Flieger auf mexikanischem Gebiet gelandet, ohne daß sie es wußten. Ihr Aeroplan war beschädigt worden und sie konnten ihn nicht mehr gebrauchen, zerstückten das Maschinengewehr und alles, was den Mexikanern von Nutzen sein könnte und begaben sich auf den Marsch nach der Grenze. Mittwoch fielen sie einer von Jesus Rentera angeführten Bande in die Hände. Man schleppte sie ins Gebirge, glaubend jedoch, daß sie sich Valentin, Tex., näherten. Die Banditen waren gut betrieft.
Einmal versuchten die Amerikaner zu entkommen; da sie aber im Wiederholungsfall mit dem Tode bedroht wurden, machten sie keine weiteren Fluchtversuche. Freitag abend wurden die beiden Amerikaner gezwungen, einen Brief aufzugeben, in welchem um Zahlung von Lösegeld erludt wird, widrigenfalls sie getötet werden würden.
Es heißt, daß der Bandenführer früher als Stenografenarbeiter unweit Kansas City tätig gewesen ist und bei einem Unfall einen Fuß und eine Hand einbüßte.
Der Brief mit der Forderung des Lösegeldes wurde am Sonntag vor acht Tagen nach der Grenze befördert. Gleich nach seinem Hiesigen Eintreffen fand die Peterson eine Depesche an seinen in Hutchinson, Wism., wohnenden Vater, in welcher es heißt: „Bin wohlhaft, habe Wunderbares durchgemacht.“ Davis sandte eine ähnliche Depesche an seine Angehörigen in Strahlmore, Calif. Hauptmann Matlack traf mit Davis heute um 2 Uhr morgens ein.

Hilfeleistung für Deutschland und Deutsch-Westereich

Der Organisations-Ausschuß des Hilfsfonds für Mitteleuropa hat Montag mittig eine wichtige Versammlung abgehalten und folgendes beschloffen:

Ein Frauen-Organisations-Ausschuß zu ernennen, worüber auf der 8. Seite der Tribüne weitere Auskunft gegeben wird.

Ein Schreiben an alle deutschen Vereine zu richten und sie zu ermahnen, aus ihren Kassen einen Beitrag zum Hilfsfonds zu geben und ferner ein Komitee zu ernennen, um unter ihren Mitgliedern für die gute Sache zu sammeln.

Ein Komitee zu ernennen, bestehend aus den Herren Val. J. Peter, Otto Kinder und Geo. Reif, um die deutschen Kirchen zu ermahnen, kollektieren unter ihren Mitgliedern für das Hilfswerk aufzunehmen. Diese Aufgabe für die vier Gemeinden der Missouri Synode hat Pastor Otto übernommen.

Herr Richard Goehring schrieb aus Grand Island, daß er das Amt des Vize-Präsidenten angenommen und beabsichtigt, alle dortigen deutschen Vereine einzuladen, eine gemeinsame Versammlung abzuhalten, um das Werk in Hall County aufzunehmen.

Der Organisations-Ausschuß hält Mittwoch abend wieder eine Versammlung im Rathaus ab.

Im nachfolgenden bringen wir den Finanzbericht:

Finanz-Bericht.

Im gestrigen Bericht hat sich in den Gesamtsammen ein Fehler eingeschlichen, weshalb sämtliche Beträge wiederholt werden:

No. 1 Aug. 11.	\$1,466.50
No. 2 Aug. 12.	61.00
No. 3 Aug. 13.	30.00
No. 4 Aug. 14.	170.00
No. 5 Aug. 15.	125.00
No. 6 Aug. 16.	70.00
No. 7 Aug. 18.	495.50
	\$2,418.00

Ferner eingegangen:

Hustan Wolff, Omaha ..	5.00
George Mobbemeyer, Bancroft, Neb.	10.00
Geo. C. Schuler, Omaha ..	100.00
Herrn Käthe Werner, Omaha ..	10.00
Frau Emma Schmeier, Omaha ..	3.00
F. Schweibold und Bruder, Benson ..	10.00
H. Trennt, Mason City, Neb.	10.00
John S. Maad, Omaha ..	10.00
	\$2,576.00

Hustan Dawson, Finanzsekretär.

Das Publikum ist gebeten, Checks auszufüllen auf Gustav Dawson, Finanzsekretär, 1423 Leavenworth Str., Omaha, Neb. Checks auf ihn ausgestellt, können auch an die Omaha Tribune gesandt werden.

Einwände gegen Verstaatlichung der Eisenbahnen

George A. Post legt dem zwischenstaatlichen Handelskomitee 6 schwerwiegende Gründe vor.

Washington, 19. Aug. — Sechs bezwiegliche Einwände gegen den Plumb Plan, der die Nationalisierung der Eisenbahnen vorsieht, sowie gegen irgend einen Plan der Regierungsverwaltung, wurden heute dem zwischenstaatlichen Handelskomitee des Abgeordnetenhauses durch George A. Post, Vorkämpfer des Eisenbahnkomitees der Handelskammer der Vereinigten Staaten vorgelegt. Nachfolgend die Einwände:

1. Die Entwicklung der Bahnen und deren Ausbreitung würde von Bewilligungen von Seiten des Kongresses abhängig sein, wodurch jeder Einfluß der Transportbedürfnisse ausgeschlossen werden würde.
2. Um die Bahnen zu übernehmen, müßte die Regierung einen Kredit von mindestens 18 bis 20 Millionen Dollar zu erlangen suchen und dies zu einer Zeit, wo an das Land andere große Forderungen gestellt werden.
3. Konkurrenz, welche allein die Wirtschaft und den Fortschritt der Bahnen im Privatbesitz fördert, würde unter der Regierungsverwaltung ausgeschlossen werden.
4. In der Auswahl der Beamten für leitende Stellen würde die Politik ungebührlichen Einfluß ausüben.
5. Die Regierung müßte das Defizit, welches durch erniedrigte Raten für Passagier- und Frachtverkehr entstehen würde durch Steuererhöhungen decken, oder sonst die Raten erhöhen.
6. Zugunlich der bereits jetzt in Regierungsdiensten stehenden Angestellten würden die Eisenbahner mit diesen zusammen etwa 2,500,000 Stimmen bei den Wahlen kontrollieren, wodurch es ihnen ein Leichtes wäre, ihnen gefällige Beamte, in Bezug auf Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsverhältnisse, zu erwählen.

Wichtige Rede des britischen Premiers

Empfiehlt Einführung von Reformen im Innern und bekräftigt die Völkervereinigung.

London, 19. Aug. — In einer dreistündigen im britischen Unterhaus gehaltenen Rede erklärte der britische Ministerpräsident Lloyd George, daß am 1. September das Höchstmaß des Schutzes gegen Importe fallen gelassen und wieder freihandel eingeführt werden wird. Den von der Kohlenkommission unterbreiteten Majoritätsbericht, dahinschaltend, daß alle Kohlengruben des Landes nach und nach verstaatlicht werden sollen, wies er zurück und empfahl die Einführung eines Planes, wonach die Kohlengruben teilweise von der Regierung kontrolliert werden sollten und ein Fonds zum Besten der Gruenbesitzer zu bilden ist.

Der Premier empfiehlt er die Einführung des achtstündigen Arbeitstages und die Bildung eines Industriarates, welchem Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitern angehören sollen. Auch soll dafür Sorge werden, daß der Arbeiter einen Lohn erhält, mit welchem er anständig auskommen kann.

Der Friedensvertrag mit der Türkei, sagte Lloyd George, ist immer noch nicht abgeschlossen worden; die Verantwortung hierfür müsse den Ver. Staaten zugeschoben werden, weil diese immer noch nicht erklärt haben, bis zu welchem Maße sie die Völkervereinigung, welche früher unter Vorkämpftheit der Türkei gefanden haben, schließen wollen. Großbritannien habe, bis die Ver. Staaten eine Erklärung abgegeben werden, türkisches Gebiet besetzt. Ueber das Zustandekommen der Völkervereinigung drückte er sich günstig aus, jedoch sei es nötig, daß diejenigen, die allgemeine Abstützung befehligen, auch mit gutem Beispiel vorangehen. Großbritannien, sagte er, sei bereit, Abstützung als erste Bedingung zur Einführung von Suvarfomeit im Ozean anzunehmen. Wären die anderen Länder derselben Meinung, dann würden sich die Folgen auf den Gebiete der Ozeanomie bald zeigen. Falls die Nationen jedoch die Klügel nicht festhalten, dann würde die Völkervereinigung ein bloßes Manöver sein und weiter nichts als einen leeren Papier bedeuten.

Verwundetenenschiff strandet in Korea

Seattle, Wash., 19. Aug. — Wie der Pacific Steamship Co. von ihrem Agenten in Kobe, Japan, berichtet wird, ist der Dampfer Keffington, Eigentum der U. S. Schiffahrtsgesellschaft, an dessen Bord sich 1,100 in Sibirien verwundeter Soldaten befinden, in der Meeresstraße von Korea, in der Nähe von Nakuren, aufgelaufen. Nähere Einzelheiten stehen noch aus. Der Dampfer befand sich auf der Reise nach den Vereinigten Staaten.

In Los Angeles ist eine Spurensuche in Kraft getreten; eine Ladung die man in einer Zeit, die sich so gern als aufgelöst feiern läßt, nicht übersehen darf.

Kongress arbeitet nicht rasch genug

Senator Walsh hält die hohen Kosten des Lebensunterhaltes für Unrazt verantwortlich.

Washington, 19. Aug. — Nidheres Gndeln in der Ermäßigung der hohen Kosten des Lebensunterhaltes wurde gestern sowohl im Senat, als auch dem Repräsentantenhaus gefordert. Senator Walsh erklärte, daß der Kongress seine Zeit verträgle, obwohl die Annahme bestimmter Gesetze zur Ermäßigung der Lebensmittelpreise, wie von Präsidenten Wilson anempfohlen, dringend notwendig sei, um der wachsenden Unrazt im ganzen Lande ein Ende zu machen. Verschiedene Bürgervereine von New Jersey stellten anpellernd an das Wirtschaftskomitee des Hauses und er suchten, daß Mittel und Wege gefunden werden, die andauernde Preissteigerung der Lebensbedürfnisse hintanzuhalten. Ein Amendement zur größeren Wichtigkeit des Nährmittels, Kontrollgesetzes wird heute von dem Komitee in Beratung genommen und wahrscheinlich im Abgeordnetenhause einberichtet werden.

Demobil über den gestern in Angriff genommenen Verkauf von überflüssigen Nährmitteln der Armee durch die Raktpost keine bestimmten Nachrichten vorliegen, so ist man democh der festen Überzeugung, daß zahllose Vorkellungen eingeleitet sind. Dies sollte zweifellos dazu beitragen, die Nährmittelfolgen bedeutend zu ermäßigen.

Repräsentant Siegel, ein Republikaner aus New York, wies an Hand beigefügter Belege nach, daß die übermäßige Verwendung von Kleibern hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß der Kleiderhändler durchschnittlich 50 Prozent, in manchen Fällen sogar 100 Prozent beim Verkauf derselben verdient. Gleichzeitig wird aber angegeben, daß die Herstellungskosten bedeutend erhöht haben was auf höhere Löhne und längere Arbeitszeit zurückzuführen ist. Ein Arbeiter, dessen Verdienst dem Fabrikanten im Jahre 1917 \$10.85 betrug, stieg in 1918 auf \$17.57 und letzte Woche schließlich auf \$22.66.

Ein scharfer Angriff machte der demokratische Repräsentant Fitzgerald von Massachusetts auf die Unfähigkeit der Ver. Staaten, welche in den letzten Monaten einen Reingewinn von 40 Prozent zu verzeichnen gehabt hat und Schuldscheine im Werte von vielen Millionen Dollars, welche erst bedeutend später fällig werden, eingelöst hat.

Auf die unverändert hohen Saubere Preise zu sprechen kommend, erklärte Repräsentant Good, ein Republikaner aus Iowa, daß der Präsident auf Zufuhrverbot und Leder ein temporäres Ausfuhrverbot erlassen sollte, wodurch schnelle Abhilfe geschafft werden würde. Ähnliche Schritte empfiehlt er auch für die Ausfuhr von Lebensmitteln, welcher Schritt zweifellos zur Verbilligung des Lebensunterhaltes führen würde. Die Verfassung der Prohibitoren allein wird seiner Ansicht nach nicht die gewünschten Resultate zeitigen. Der demokratische Repräsentant Sanders aus Louisiana griff die vorgeschlagene Ausfuhrbeschränkung heftig an und erklärte, daß das Ergebnis derselben zu schrecklich wäre, da dadurch die übrige Welt dem Hungertode preisgegeben werden würde.

Sollte Großbritannien vierzig Millionen Dollars, und die nationale Schuld ist von 600,000,000 Pfund auf 7,800,000,000 Pfund angewachsen.

Wir können unmöglich prophetein“, sagte der Premier, „da wir können nicht einmal existieren, ohne daß wir unseren internationalen Handel wieder auf dieselbe Stufe bringen, wie vor dem Kriege und aufrecht erhalten. Der Ausfall in unserem Handel muß wieder weit gemacht u. die Produktion vermehrt werden.“

In dieser Weise verteidigte Lloyd George die Regierung, welche von den Zeitungen in scharfer Weise angegriffen wird, dieselbe der Verbilligung der Nahrungsmittel zu unterbreiten.

Franz Banderbitt verlangt Schenkung

Newport, R. I., 19. Aug. — Wegen böswilligen Verlebens hat Franz Banderbitt (Reißon) Banderbitt gegen ihren Gatten Reginald C. Banderbitt von Newport, R. I. die Scheidung eingereicht. Gleichzeitig verlangt sie auch, daß ihr das

Prohibition kommt zur Volksabstimmung

Das Volk von Nebraska erhält Gelegenheit die Ratifikation des nationalen Amendements null und nichtig zu machen.

Lincoln, Neb., 19. Aug. — Die strittliche W. M. Morning hat das Mandamusgesuch bewilligt und den Staatssekretär angewiesen, die Referendum-Petition bezüglich des von der Legislatur angenommenen Prohibitions-Amendements anzunehmen, jedoch also das Volk in der kommenden Staatswahl über die Ratifikation des Nationalen Prohibitions-Amendements abstimmen kann. Die Nebraska-Legislatur hat das nationale Amendement in Januar ratifiziert und durch das Recht des Referendums kann das Volk eine Abstimmung darüber verlangen. Richter Morning's Entscheidung lautet dahin, daß unter dem Referendum-Gesetz das Volk ein Teil der gesetzgebenden Macht im Staate geworden ist und ein Recht hat, über das Amendement abzustimmen. Erklären sich die Stimmgäber gegen das Amendement, dann ist dasselbe null und nichtig. Der Richter wies dabei auf Artikel 5 der Bundeskonstitution hin. Das Volk von Nebraska hat also jetzt Gelegenheit, den Kampf gegen das nationale Zwangsgesetz aufzunehmen. Staatssekretär D. W. Ansberry hat heute die Erklärung abgegeben, daß er gegen die Entscheidung des Richters W. M. Morning im Obergericht anpelleren wird, bevor er die Prohibitionsfrage auf den Stimmzettel bringt.

Die Entscheidung des Richters Morning ist von der allergrößten Wichtigkeit, da sie auf die bevorstehenden gleichen Entscheidungen in ungefähr 14 Staaten einen gewissen Einfluß haben dürfte. Sollten die Ratifikationen des Amendements auf diese Weise in einer genügenden Anzahl Staaten aufgehalten werden, so daß die Zahl der ratifizierenden Staaten unter 36 kommt, kann das nationale Amendement am 26. Januar 1920 nicht in Kraft treten, die durch diese angeführten Referendumswahlen das Volk sich in der Frage der nationalen Prohibition ausgesprochen hat.

Die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise

Washington, 19. Aug. — Aus Nachforschungen des Landwirtschaftsdepartement geht hervor, daß Nahrungsmittel im Kleinhandel letzten Monat die höchsten Preise brachten. Unter Berücksichtigung von 22 verschiedenen im Alltagsleben gebrauchten Lebensmitteln stellt das Departement fest, daß dieselben seit Dezember 1918, wo der Preis derselben bisher am höchsten war, um durchschnittlich 2 Prozent gestiegen sind. Zu dem Verhältnis zum Juni sind die Zulupreise um 3 Prozent höher. Nachfolgend einige Beispiele der Preissteigerung: Speck, 10 Prozent; Schweinefleisch, 9 Prozent; Kartoffel, 26 Prozent; Kaffee, 8 Prozent; Getreide, 6 Prozent; Schinken, 10 Prozent; Weizenmehl, je 3 Prozent; Sirlon, und Rundstee, Käse, Brot und Tee, 1 Prozent; Bananen, 5 Prozent; Getreidegrün und getrocknete Zwiebeln, 4 Prozent; eingedampfte Milch und Koffein, 3 Prozent; Olemarine, Nuz- und Macaroni, Meis, Erbsen und Tomaten, je 1 Prozent.

Gouverneure gegen hohe Lebenskosten

Salt Lake City, Utah, 19. Aug. — In Uebereinstimmung mit einem Vorschlag, der in der gestrigen Versammlung der hier in Beratung stehenden Gouverneure der verschiedenen Staaten der Union gefaßt wurde, werden in der heutigen Eröffnungsversammlung sieben Gouverneure erwählt werden, die sich innerhalb der nächsten zwei Wochen nach Washington begeben werden, um dem Kongress und der Administration die Probleme der hohen Kosten des Lebensunterhaltes und Pläne für die Verbilligung der Nahrungsmittel zu unterbreiten.

einige Kind der 16-jährigen Ehe, Kathleen, zugelassen wird. Reginald ist der jüngste Sohn des bekannten Richard's Cornelius Banderbitt.

— Klassifizierte Anzeigen in der Tribune bringen gute Resultate.

Wilson in Konferenz mit Senatskomitee

Gibt eine Erklärung ab, warum der Friedensvertrag ratifiziert werden soll; will keinen Separatfrieden mit Deutschland

Verzögerung der Ratifikation schadet Amerika

Washington, 19. Aug. — Mitglieder des Senatskomitees für auswärtige Angelegenheiten begaben sich heute nach dem Weißen Hause, um von dem Präsidenten über gewisse Punkte im Friedensvertrag Auskunft zu erlangen, die sie aus anderen Quellen vergebens zu erfahren versuchten. Es ist dafür gefordert worden, daß das ganze Verhör bekannt gegeben wird und zwar geschieht dies mit Zustimmung des Präsidenten selbst. Es ist seit fünf Jahren das erste Mal, daß eine Konferenz im Weißen Haus in allen ihren Einzelheiten veröffentlicht werden wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Präsident gefragt werden, ob nach seiner Meinung mit der Geheimdiplomatie wirklich aufgeräumt worden ist, oder ob europäische Nationen seit dem Zeitraum des Waffenstillstandes neue geheime Pakte abgeschlossen haben.

Auch die Schantungfrage wird ebenfalls zur Sprache kommen. Wie Senatoren sagen, wird die Konstitution der Kaiserliga, sollte es die Zeit gestatten, durchgenommen werden. Die Konferenz begann heute um 10 Uhr vormittags; niemand weiß, wie lange sie dauern wird.

Gleich bei der Eröffnung der Konferenz gab der Präsident eine lange Erklärung ab, in welcher es heißt:

Das die schleunige Rückkehr normaler Verhältnisse in diesem Lande ganz und gar von der Ratifikation des Friedensvertrages abhängt. Das, so lange dieses nicht geschieht, die Vergewerte, Fabriken und Geschäfte hierzulande und in fremden Ländern fürchterlich zu leiden hätten. Das da Großbritannien und andere Länder den Vertrag bereits ratifiziert haben, dem amerikanischen Handel Abbruch tun werden.

Das die einzige Hindernis, das der Ratifikation im Wege steht, auf die Bedeutung ethischer Paragraphen in der Konstitution der Kaiserliga zu suchen ist. Darüber aber sollte keinerlei Zweifel bestehen.

Der Präsident sprach dann über die zu erhebenden Einwände in Bezug auf Artikel 10, die Monroetrage und das Ausscheiden aus der Völkervereinigung. Er sagte, daß er nichts dagegen habe, wenn eine Resolution angenommen würde, welche den amerikanischen Standpunkt wahrere; diese Resolution aber dürfte in der Ratifikationsakte nicht Aufnahme finden. Denn würde sie zu einem Teil der Ratifikation gemacht werden, sagte der Präsident, dann würden die Ver. Staaten gezwungen werden, Deutschland zu bieten, unsere Konstitution des Vertrages anzunehmen; und das würde er nur widerwillig tun.

Die Schantung-Entscheidung bedeutet nach Meinung aller amerikanischen Sachverständigen Krieg. So sagte Thomas F. Millard, ein amerikanischer Schriftsteller und unoffizieller Berater der chinesischen Friedensdelegation, vor dem Senatskomitee für auswärtige Angelegenheiten. Millard erklärte, wie er es verheißt, sich das Vitz-White-Laufing Schreiben an den Präsidenten Wilson, in welchem der Entscheidung opponiert wird, Krieg voraus, falls Schantung an Japan fällt. Präsident Wilson hat sich geweigert, den Brief zu veröffentlichen.

„Falls nicht etwas in der Schantung Angelegenheit geschieht“, erklärte Millard, „dann können wir es erleben, daß China dem Volksweltums verfällt und die Ausländer aus ihrem Lande vertriebt, und das Leben amerikanischer Missionäre und anderer gefährdet.“ Er sagte, daß auf seinem Rat die Chinesen sich geweigert hätten, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Die Hauptpunkte der Auslagen Millard's waren:

Das China auf Drängen der Ver. Staaten in den Krieg zog, und daß die Ver. Staaten verprochen hätten, die Unverletzlichkeit chinesischen Gebiets auf der Friedenskonferenz zu wahren.

Das Japan und die Alliierten sowie die Ver. Staaten China unter diesen Verprechen veranlaßten, in den Krieg zu ziehen.

Das Japan das Lansing-Fitzibitkommen dahin auslegt, monach es unbeschränkte Zurechtweisung in China erhält und sich auch darnach bestimmt.

Das Präsident Wilson ungefähr die einzige Persönlichkeit in Paris war, welche nicht glaubte, daß Japans Drohung, die Konferenz zu verlassen, falls es nicht Schantung erhalte, ein bloßer Schreckhaß war.

Das Japan, obgleich der Vertrag ihm nur jene Rechte gab, die Deutschland in Schantung besaß, bedeutend weiter gegangen ist, wie Deutschland zu gehen, jemals geträumt hatte.

Der Friedensvertrag hilft Japan, China zu unterwerfen.

Die mexikanische Frage.

Washington, 19. Aug. — Das Kriegsdepartement hat Weisung erhalten, daß die beiden amerikanischen Fliegeroffiziere, welche von mexikanischen Banditen zwecks Erlangung eines Lösegeldes von \$15,000 festgehalten wurden, sich wieder in Freiheit befinden. Kriegssekretär Baker hat erklärt, eine Erklärung abzugeben, sobald die Gelegenheit dafür gekommen sei. Man fragt sich jetzt, welcher Art diese Erklärung sein wird. Das Staatsdepartement merkt die Antwort Carranzas auf die Forderung ab, sofort zu handeln. Von dieser Antwort mag die zukünftige Haltung der Ver. Staaten Mexiko gegenüber abhängen.

Das Staatsdepartement hat Nachrichten erhalten, daß Dr. A. Goenaga, ein Porto Rico Arzt, in der Nähe der Stadt Mexiko gegen Bezahlung von Lösegeld festgehalten wird; auch sollen mehrere Geschäftsleute in der Hauptstadt Mexikos von Banditen beraubt worden sein.

Zurchtbares Unglück in Colorado Bergwerk

Zwanzig Personen durch Grubenexplosion verunglückt; wenig Hoffnung für Rettung.

Trinidad, Colo., 19. Aug. — Am Montag um 11 Uhr morgens ereignete sich in der Carbon Mine der Carbon Coal Company, in der Nähe von La Plata, Colo., eine schwere Gasexplosion, wobei neunzehn oder zwanzig Bergleute verunglückt wurden. Zur Zeit der Explosion befanden sich etwa 40 Mann in der Grube; zehn derselben brachen sich nach der Explosion durch den Hauptstollen in Sicherheit, während eine andere Gruppe durch einen benachbarten Stollen entflohen.

Infolge der großen Gasentwicklung war es der fünf Rettungsaktionen bis 6 Uhr abends noch immer nicht gelungen, auch nur einen einzigen Leichnam zu bergen. Man befürchtet, daß sämtliche verschüttete Bergleute, entweder durch Erschöpfung des Sauerstoffs oder durch Gasvergiftung den Tod gefunden haben.

Die Mine wurde durch die Explosion schwer beschädigt. Das Unglück ereignete sich etwa einhalb Meilen innerhalb der Einfahrt. Späteren Nachrichten zufolge brach sich ein Kohlengräber, der zuerst durch die Explosion befreit wurde, in Sicherheit. Von den andern war kein Lebenszeichen vernehmbar.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Etwas unbestimmtes Wetter und mürner heute abend. Mittwoch schon und etwas kühler.

Für Nebraska — Allgemein schon heute abend und Mittwoch. Wärmer im äußersten Osten und kühler im westlichen Teile heute abend. Kälter am Mittwoch.

Für Iowa — Teilweise bewölkt und etwas unbestimmt heute abend und Mittwoch. Wärmer heute abend und im äußersten südlichen Teile am Mittwoch. Kälter im westlichen Teile am Mittwoch nachmittags.